

Tabak-Arbeiter

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Sonntag, 18. September

Verbandsverstand, Reichshaus, Gumboldtstr. 10, Berlin, W. 1. (Telefon 5044).
Verbandsverwaltung, Reichshaus, Gumboldtstr. 10, Berlin, W. 1. (Telefon 5044).
Verbandsverwaltung, Reichshaus, Gumboldtstr. 10, Berlin, W. 1. (Telefon 5044).

Der Tabak-Arbeiter erfährt vollständig und in bester Weise alle Nachrichten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 4,00 M. für das Vierteljahr, 16,00 M. für das Halbjahr, 32,00 M. für das Jahr. — Der Preis des Einzelhefts beträgt 1,00 M. für die gewöhnliche Postzeit. Der Betrag ist in voraus zu entrichten. — Preisänderung vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis:
 Haupt: Arbeiter, Angestellte und Beamte!
 Tarifierung der gewerblichen Arbeiter.
 Steuerzulagen und Tarifverneuerung in der Rauch- und Schnupftabakindustrie.
 Beschlüsse in der Jägervereinbarung: Sammlung.
 Lohn- und Tarifverneuerung. Aus der Jägervereinbarung.
 Tarifabschlüsse in Österreich. Aus der Jägervereinbarung.
 Die Fortsetzung der Verhandlungen. Verhandlung in Hannover.
 Aus der Nacht- u. Schnupftabakindustrie: Reichstagen.
 Aus der Nacht- u. Schnupftabakindustrie: Reichstagen.
 Aus den Gauen und Süddeutschland: Reichstagen.
 Die Berliner Tabakarbeiter haben gesprochen.
 Internationale Tabakarbeitervereinbarung. 50-jähriges Jubiläum der
 Nacht- u. Schnupftabakindustrie. Der 91. bei Tabakarbeiter.

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Selt Monaten recht — täglich höher — die Reaktion ihr Haupt. Da die politische Herrschaft der Arbeiterklasse die Durchführung der am 20. März 1920 mit Regierung und Regierungsparteien getroffenen Vereinbarung hindert, die notwendigen Sicherungen für den Bestand der demokratischen Republik also fehlen, glauben die Reaktionskräfte, ihre Zeit gekommen zu sehen und ihre Einrichtungen sind Gegenstand wahnwitziger Verschwörungen und „imperialistischer“ Anschläge. Verschwörungen ehemaliger militärischer Formationen unter Teilnahme von Angehörigen der Reichswehr münden in Verunglimpfungen und Beschimpfungen der republikanischen Demokratie aus, ein gewisser Teil der nationalsozialistischen Presse peitst verächtlich und offen zum politischen Zweck. In diesen hochverrätherischen Verschönerungen und Handlungen gegenüber zeigen die Organe der Justiz eine aufstrebende und ausgesprochene partielle Mißde. Symptomatisch für die innerpolitische Situation Deutschlands sind die politischen Morde, zuletzt der an Garais und Erberger.

Die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen richteten am 20. August an den Reichspräsidenten die eindringliche Aufforderung, diesem schamlosen Treiben der Reaktionskräfte zum Schutze der demokratischen Republik die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Darüber hat die Presse berichtet, ebenso über die Auffassung des Reichspräsidenten, der rücksichtslose Befestigung der eingewirkten Mißstände bestimmt verspricht und die Mitwirkung der organisierten Arbeitnehmerschaft lebhaft begrüßt.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Mit dem geschätzten Schritt Eurer Vertreter kann es nicht sein. Gewandern haben. Auch die tatsächliche Stellung des Reiches wird dem inneren Feinde der demokratischen Republik — die Nationalisten — nur solange und soweit niederhalten können, als sie unterstützt wird von der überzogenen Mitarbeit der republikanisch gesinnten Bevölkerung des Reiches. Schaut Euch darum zusammen zum Schutze der republikanischen Demokratie, versteht, was Euch sonst trennen mag, laßt alles Vordringende und vereint Euch mit allen, die guten Willens sind, die Widerlächer der Republik zurückzubringen, damit die Reaktion erkennen muß, daß sie einem geschlossenen Block des arbeitenden deutschen Volkes gegenübersteht. Es gilt die Sicherung der Existenz der Republik!

Der Vorstand
 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
 Dr. P. W. C. R. H. M. A. N. N.

Die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter.

Ein langgehegter Wunsch der Arbeiterschaft, der Erfüllung, ging als Folge der Staatsanweisung im November 1918 in Erfüllung. Durch Anordnung des demaligen Demobilisationsamtes vom 23. November 1918 wurde die Begrenzung der allgemeinen Arbeitszeit auf acht Stunden gesetzlich eingeführt. Diese Anordnung beschränkte sich indes nur darauf, die bereits bestehenden gesetzlichen Vorschriften insoweit außer Kraft zu setzen, als sie den Bestimmungen der neuen Anordnung widersprechen. Den Demobilisationskommissionen wurde die Befugnis erteilt, Ausnahmen von der Beschäftigungsbeschränkung unter gewissen Voraussetzungen zu erteilen. Diese vorläufige Regelung hat zu allerhand Schwierigkeiten geführt, da es nicht immer leicht war, zu entscheiden, welche bestehenden Vorschriften, z. B. der Gewerbeordnung, neben den Bestimmungen der neuen Anordnung noch in Kraft waren. Ueberdies wurde die Gültigkeit der Anordnung, die zunächst für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilisation erlassen war, nur bis zum 31. März 1922 befristet. Auch aus diesem Grunde stellte sich die Notwendigkeit heraus, einheitliche und endgültige Bestimmungen über die Begrenzung der Arbeitszeit von Reichswegen zu erlassen, in denen auch die bisherigen Erlassungen mit dem Inhalt der neuen Anordnung übereinstimmen.

In dem Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, der durch das Reichsarbeitsministerium dem Reichstag und den Reichsrat vorgelegt wurde, werden auch die Bestimmungen der internationalen Arbeiterorganisationen in Betracht genommen, die im November 1919, alsdann Deutschland bei der Waffnung

der Beschlüsse nicht mitgewirkt hat, zu berücksichtigen. Der Entwurf enthält im einzelnen nicht nur Vorschriften über die Arbeitszeit im eigentlichen Sinne, sondern auch verschiedene andere Schutzvorschriften für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter hinsichtlich der Nacht- und der ununterbrochenen Ruhezeit. Im einzelnen gliedert sich der Entwurf in verschiedene Abschnitte, die u. a. den Geltungsbereich, die Arbeitszeit im allgemeinen, die besonderen Bestimmungen für Kinder, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Ausnahmsbestimmungen, Strafbestimmungen usw. umfassen.

Der Geltungsbereich erstreckt sich auf die gewerblichen Arbeiter in allen Gewerbebetrieben, ohne Rücksicht auf die Zahl der Beschäftigten, ebenso auf die Betriebe des Reiches, der Länder und sonstiger Körperschaften. Die Arbeiter im Handel und Bergbau sind eingeschlossen, ebenso die Werkmeister und Zeichner. Gewisse Gruppen von Arbeitnehmern sind von den Vorschriften des Entwurfs ausgenommen, vor allem die Angehörigen des Reichswehrpersonal, die Hausgehilfen und die im Verkehrsgebiete beschäftigten Personen. Die Heimarbeit, soweit sie selbstständig ist, unterliegt grundsätzlich dem Gesetz. Selbstständig arbeitende Personen, sog. Hausgewerbetreibende, sind ausgenommen. Für sie wird ein besonderes Gesetz vorbereitet. Eine Regelung der Arbeitszeit der Angestellten auf gleicher Grundlage wie für die gewerblichen Arbeiter wird in einem besonderen Gesetzentwurf binnen kurzem erfolgen.

Die grundlegenden Vorschriften über die Arbeitszeit im allgemeinen bestimmen, daß die werktätige Arbeitszeit einschließlich der Pausen, die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf. Doch steht der Entwurf lediglich eine Höchst-Arbeitszeit vor, die der gesetzlichen Festlegung über die Vereinbarung kürzerer Arbeitszeiten nicht im Wege steht. Für den Bergbau ist eine gesetzliche Regelung nach dieser Richtung in Vorbereitung. Die Zulassung einer verlängerten Arbeitszeit über acht Stunden hinaus zum Ausgleich für außergewöhnliche Arbeitsstunden war in beschränktem Umfang schon in der Verordnung vom 23. November 1918 vorgesehen. Besonders berücksichtigt sind die Betriebe, die ihrer Natur nach nicht unterbrochen werden können und daher auch an Sonn- und Feiertagen fortgesetzt werden müssen. Dadurch tritt zu den sechs wöchentlichen Arbeitsstunden hinzu, für die Betriebe falls achtstündiger Arbeitszeit im Durchschnitt dreier Wochen zugelassen. Soweit nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung Sonntagsarbeit bisher zugelassen war, bleibt sie auch weiterhin gestattet. Im übrigen steht der Entwurf einer Regelung der Sonntagsarbeit, die das umfangreiche und wichtige Gebiet der Sonntagsarbeit umfaßt, besonders neu geregelt werden soll.

Ein sehr wichtiges Gebiet rollt der Gesetzentwurf hinsichtlich der Nebenarbeit auf. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden hatte vielfach zur Folge, daß die Arbeiter Nebenarbeit übernehmen, um ihren Verdienst zu vergrößern. Es stellte sich ein Mißstand heraus, daß auf diese Weise der Zweck des Zeitgesetzes, die Schonung der Arbeitskraft, durch regelmäßige Überschreitung der vorgeschriebenen Höchstarbeitszeit vereitelt wurde. Auch muß bei der bestehenden Erwerbslosigkeit angestrebt werden, die vorhandene Arbeitsgelegenheit möglichst gleichmäßig zu verteilen und so zu verhindern, daß gewisse Arbeiter doppelten Verdienst haben, während andere der Erwerbslosigkeit für die Zeit in den Entwurf aufgenommen worden. Das Verbot beschränkt sich im wesentlichen auf die nicht selbstständige Nebenarbeit im Betriebe eines Arbeitgebers.

Um an einem praktischen Beispiele die geplanten neuen Bestimmungen zu veranschaulichen, wird ein Tabakarbeiter verlobt, der nach beendetem Zeitgesetz etwa in einer Jägerfabrik noch in einem zweiten Betriebe zu arbeiten. Die selbstständige Arbeit in seinen Nebenbetrieben wird ihm gesetzlich nicht verwehrt werden können.

Die besonderen Schutzbestimmungen für Kinder, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen haben durch das Gesetz über die Arbeitszeit im allgemeinen einige Veränderungen erfahren. Wohl die einschneidendste Veränderung ist das völlige Verbot der gewerblichen Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren. Die einzige Ausnahme, die im Übereinkommen vorgesehen ist und in dem Entwurf übernommen ist, ist die Beschäftigung der Kinder in behördlich genehmigten und überwachten Fachschulen.

Die Strafbestimmungen richten sich, wie es auch in der Gewerbeordnung bisher grundsätzlich der Fall war, nur gegen die Arbeitgeber, während die Arbeiter bei Verstößen ihrerseits straflos bleiben.

Vorstehend haben wir eine Uebersicht über die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter wiedergegeben, mit dem ich demnach die eingehenden Körperprüfungen zu beschließen haben werden. Wichtig ist, daß sich die Bestimmungen eingehend mit dem Entwurf befassen und alle Bestimmungen kritisch unter die Lupe nehmen, um zu verhindern, daß durch dieses Gesetz Dinge eingeführt werden, die einer langsamen Abmilderung des Wohlstandes gleichkommen. Wir behalten uns vor, bei passender Gelegenheit auf diesen Gesetzentwurf zurückzukommen.

Steuerzulagen u. Tarifverneuerung in der Rauch- u. Schnupftabakindustrie.

In den Verhandlungen über die Erneuerung des Reichstaxtarifvertrages für das Rauch- und Schnupftabakgewerbe fanden am 6. September in Frankfurt a. M. statt und führten zu dem Ergebnis, daß der Reichstaxtarifvertrag erneuert und für die Dauer bis zum 1. November 1922 abgeschlossen wurde mit der Maßgabe, daß bei einer erheblichen Veränderung in den wirtschaftlichen Verhältnissen in eine erneute Beratung der Lohnsätze eingetreten werden soll. Die Mindestlöhne wurden neu festgelegt und zwar dergeßt, daß der bisherige Grundlohn nebst allen bisher vereinbarten Steuerzulagen zusammengefaßt und die so genommenen Stundenlöhne auf volle 5/3 nach oben abgerundet wurden. Zu diesem Mindestlohn wurde eine Steuerzulage in Höhe von 30 Prozent vereinbart. Die bisherige gesetzlich festgesetzte Steuerzulage und Kinderzulage wird unverändert weitergeführt. Eine Verlängerung der Ferienzeit sowie die Bezahlung der Krankstage in Krankheitsfällen, die länger als 14 Tage dauern, konnte nicht erreicht werden. Die Anträge verschiedener Orte auf Befreiung in höhere Ortsklassen sollen demnach beizugehen und erledigt werden. Die getroffenen Vereinbarungen lauten:

Vereinbarung über die Erneuerung des Reichstaxtarifvertrages für das Rauch- und Schnupftabakgewerbe vom 27. Januar 1920.

1. Der Reichstaxtarifvertrag vom 27. Januar 1920 wird in unangemessener Anwendung seines § 13 bis 1. November 1922 verlängert mit folgender ab heute geltender Anwendung seines § 4 unter Zusammenfassung des bisherigen Grundlohnes mit der festgesetzten Steuerzulage zu einem neuen Grundlohn:

- a) Der Mindestlohn beträgt: a) für männliche Arbeiter im Alter bis zu 15 Jahren 1,25 M für die Stunde, von 15-16 Jahren 1,65 M, von 16-18 Jahren 2,30 M, von 18-20 Jahren 3,15 M, über 20 Jahre 3,80 M für die Stunde.
- b) für weibliche Arbeiter im Alter bis zu 15 Jahren 1,10 M für die Stunde, von 15-16 Jahren 1,25 M, von 16-18 Jahren 1,60 M, von 18-20 Jahren 1,90 M, über 20 Jahre 2,30 M für die Stunde.

2. Der Reichstaxtarifvertrag wird als Reichstaxtarifvertrag vom 6. September 1921 neu herausgegeben, sobald das Ortsverzechnis endgültig festgelegt ist.

Vereinbarung über eine Steuerzulage zum Reichstaxtarifvertrag vom 6. September 1921.

1. Zu den sich aus Arbeitslohn und Ortszuschlägen zusammensetzenden Grundlöhnen des Reichstaxtarifvertrages vom 6. September 1921 tritt für sämtliche männlichen und weiblichen Arbeiter eine Steuerzulage von 30 o. S.

2. Zu dieser allgemeinen Steuerzulage treten ferner hinzu:

- a) bei den verheirateten Arbeitern, den Witwen mit selbständigem Haushalt und mit Kindern unter 14 Jahren, den Arbeiterinnen, die einen Haushalt vorführen und Kinder haben, den Arbeiterinnen, die einen erwerbsunfähigen Ehemann haben, eine Verheiratenzulage von 15 M für die Woche;
- b) bei den gleichen Gruppen wie unter a) sowie den Arbeiterinnen, die zwar keinen eigenen Haushalt, jedoch Kinder haben, eine Kinderzulage von 5 M für die Woche für jedes Kind unter 14 Jahren bzw. in volkshilfspflichtigem Alter.

3. Die Zahlung des auf Grund des Reichstaxtarifvertrages vom 6. September 1921 und dieser Vereinbarung ausstehenden Lohnes erfolgt erstmals an dem auf den 6. September 1921 folgenden Lohntag für die mit diesem Lohn tag anhängende Lohnwoche, allenfalls durch Nachzahlung des Unterschiedes zwischen dem bisherigen und dem neu festgesetzten Lohn in der darauf folgenden Woche.

4. Diese Vereinbarung gilt wie der Reichstaxtarifvertrag vom 6. September 1921 bis zum 1. November 1922 mit dem Vorbehalt, daß bei einer erheblichen Veränderung in den wirtschaftlichen Verhältnissen in eine erneute Beratung der Lohnsätze eingetreten werden soll.

Für die Verteilung, ob eine solche erhebliche Veränderung eingetreten ist, soll ein Angehöriger der Ortsverwaltung die Befugnis zur Feststellung der Steuerzulagen im Reichsarbeitsblatt sein.

1. Jägervereinbarung

